



Elke Ferner: Unionsfrauen opfern Frauenquote

Elke Ferner: Unionsfrauen opfern Frauenquote
Anlässlich der heutigen Ablehnung aller gesetzlichen Initiativen für die Einführung einer verbindlichen Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Elke Ferner: Wenn es nichts kostet, unterschreiben Unionsfrauen die Berliner Erklärung. Wenn es aber um konkrete gleichstellungspolitische Fortschritte geht, opfern sie ihre Überzeugungen - sofern sie welche haben. Die erste Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland lässt die am besten ausgebildete Frauengeneration im Regen stehen und Christdemokratinnen vom Format Rita Süssmuths, die zu ihrer Überzeugung auch bei Abstimmungen stehen, gibt es nicht mehr. Anders ist das heutige Nein der Union zu allen Vorschlägen für eine gesetzliche Frauenquote in Führungsgremien der Wirtschaft nicht zu erklären. Wer endlich mehr Frauen in die Top-Positionen der Wirtschaft bringen will, hätte heute mindestens dem Hamburger SPD-Vorschlag zustimmen müssen. Aber auch die beiden CDU-Ministerpräsidentinnen, die im Bundesrat dem Hamburger Gesetzentwurf noch zugestimmt haben, machen sich vom Acker. Heute leisten die Union und insbesondere die Unionsfrauen, einen gleichstellungspolitischen Offenbarungseid. Union und FDP wollen einfach keine Verbesserungen für Frauen und zementieren damit die gläserne Decke. Statt endlich zu handeln speist Merkel die angeblichen Quotenbefürworterinnen in den eigenen Reihen mit vagen Ankündigungen ab. Für den dünnen Spiegelstrich im Wahlprogramm steht der Wunschkoalitionspartner FDP nicht zur Verfügung, darauf bauen auch die Quotengegner in der Union. Moderne Gleichstellungspolitik sieht anders aus. Gleichstellungspolitischen Fortschritt gibt es nur mit einer starken SPD in der Regierung. Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion "Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wirtschaftsunternehmen" sieht eine Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände vor. Ab 2013 eine Mindestquote von 30 Prozent für Aufsichtsräte (Vorstände 20 Prozent) und ab 2015 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände. Nur mit der SPD wird der Stillstand der Regierung Merkel überwunden und der lange überfällige Neuanfang in der Gleichstellungspolitik gemacht: Wir werden das Betreuungsgeld wieder abschaffen. Wir werden einen gesetzlichen Mindestlohn einführen, der gerade Frauen zu Gute kommen wird. Wir werden außerdem per Gesetz für Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern sorgen und dafür sorgen, dass deutlich mehr Frauen in Führungs- und Aufsichtsgremien einziehen werden. Das haben die Frauen verdient. Das ist auch gut für die Wirtschaft. SPD Bundesgeschäftsstelle
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 25991 0
Telefax: 030 28090-507
URL: <http://www.spd.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_=529757 width="1" height="1">

Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)
Zukunftsgerecht in Europa
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....